

Ressort: Politik

Zentralrat der Juden appelliert an Muslimverbände

Berlin, 16.12.2017, 00:00 Uhr

GDN - Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat die Muslimverbände hierzulande aufgerufen, verstärkt gegen antisemitische Tendenzen in Moscheegemeinden vorzugehen. "Repräsentanten der Muslime haben sich durchaus gegen Antisemitismus positioniert", sagte Zentralratspräsident Josef Schuster der "Welt" (Samstagsausgabe).

"Das Problem ist aber, dass die muslimischen Verbände meist nur einen kleinen Teil der Moscheegemeinden erreichen." Und hier müsse man leider sehen, dass in vielen dieser Moscheegemeinden weiter nicht nur nicht gegen Antisemitismus vorgegangen werde, sondern weiterhin Vorbehalte gegen Juden und gegen Israel verbreitet würden und von Imamen entsprechend gepredigt würden, so Schuster. "Hier sind die muslimischen Verbände aufgerufen, sehr klar einzuwirken und deutlich zu machen, welcher Wertekodex in Deutschland gilt und für alle, die in diesem Land leben wollen, bindende Voraussetzung ist", sagte Schuster. "Es ist unzweifelhaft, dass sich der Antisemitismus von muslimischer Seite noch deutlicher artikuliert, als es schon 2014 im Gaza-Konflikt der Fall war", stellte der Zentralratspräsident fest. Die wachsende Verunsicherung in den jüdischen Gemeinden sei aber auch auf das Auftreten der AfD zurückzuführen. "Es kommen Äußerungen dazu, die auf der politischen Rechten zu hören sind. Ansichten wie die von Herrn Höcke zum Holocaust-Mahnmal in Berlin und andere eindeutig antijüdische Verlautbarungen von Vertretern - auch Mandatsträgern - der AfD erzeugen ein Gefühl der Verunsicherung, denn es werden da ganz klar rote Linien überschritten." Schuster stufte den Antisemitismus von rechtsextremer Seite als mindestens so gefährlich ein wie den von muslimischer Seite. "Die meisten Übergriffe kommen tatsächlich von Rechtsextremisten, die meisten antijüdischen Demonstrationen und lautesten antisemitischen Verunglimpfungen kommen seit einiger Zeit von muslimischer Seite", sagte Schuster. Auch aus dieser Richtung kämen allerdings Gewalttaten vor. "Letzten Endes sehe ich aber den Antisemitismus aus dem rechtsextremen Spektrum als mindestens so gefährlich, wenn nicht gefährlicher an als den aus dem muslimischen." Schuster bekräftigte seine Forderung nach Ernennung eines Antisemitismusbeauftragten in der nächsten Bundesregierung. Zwar würden in den Integrationskursen für Migranten alle Formen von Antisemitismus sowie die deutsche Geschichte thematisiert, doch abends schauten sich viele Teilnehmer dann arabische Fernsehsender wie al-Dschasira an, sodass "alles, was in den Kursen versucht wurde, wieder zunichte gemacht wird". "Um dieses Problem bei der Wurzel zu packen und entsprechende Strategien zu entwickeln, fordert der Zentralrat der Juden seit Langem die Einrichtung eines Antisemitismusbeauftragten durch die Bundesregierung", sagte Schuster. "Mir ist auch klar, dass dies allein das Problem nicht lösen wird, aber man würde damit doch deutlich machen, dass die Frage wirklich ernst genommen und grundlegend bearbeitet wird."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-99310/zentralrat-der-juden-appelliert-an-muslimverbaende.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.

3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com